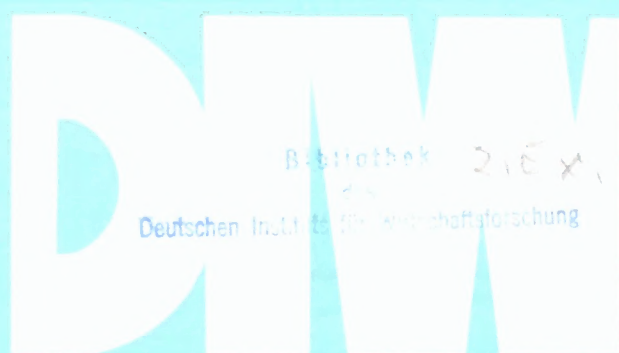




Vorübergehend verlangsamtes Wachstum des Exports.	277
Die öffentlichen Haushalte im internationalen Vergleich	283

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 24/85

Berlin

13. Juni 1985

52. Jahrgang

Vorübergehend verlangsamtes Wachstum des Exports

Zur Außenhandelsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland im ersten Quartal 1985

Die reale Warenausfuhr hat im ersten Quartal — von Saison- und Kalendereffekten bereinigt¹ — auf dem gegen Jahresende 1984 erreichten hohen Niveau stagniert. Hierbei handelt es sich um eine Unterbrechung des Exportwachstums, nicht um eine neue konjunkturelle Tendenz: Das Exportniveau im Jahresendquartal 1984 war durch Nachholeffekte im Gefolge des Arbeitskampfes um etwa 1,5 Mrd. DM überhöht. Gegenüber einem um diese Größenordnung bereinigten Exportniveau errechnet sich lediglich ein etwas langsames Exportwachstum als im Vorquartal. Ausschlaggebend dafür dürfte die konjunkturbedingt schwächere Nachfrage aus den Industrieländern und insbesondere den USA gewesen sein.

Die reale Wareneinfuhr hat nach der Jahreswende relativ stark zugenommen. Diese Entwicklung ist jedoch nicht einem konjunkturellen Impuls aus dem Inland zuzuschreiben, die reale inländische Güterverwendung ist nämlich deutlich gesunken; der Anstieg beruht vielmehr auf Sondereinflüssen. Vermehrt importiert wurden erneut Investitionsgüter — hauptsächlich handelte es sich dabei jedoch um Flugzeuge und -teile, die in dem gemeinsamen Airbus-Projekt zwischen Frankreich und Deutschland gefertigt werden —, sowie, bedingt durch das extrem kalte Winterwetter, um Erdöl und Erdgas. Sprunghaft gestiegen sind außerdem die Bezüge von Ernährungsgütern; offensichtlich haben niedrige Importpreise die Einkäufe von Getreide und Fleisch begünstigt.

Bei dieser Entwicklung im Warenverkehr ist der Überschuß gegenüber dem Vorquartal real um rund eine Milliarde D-Mark gesunken. In nominaler Rechnung waren es reichlich 3 Mrd. DM, d. h. die Terms of Trade haben sich — wechselkursbedingt — verschlechtert. Das Defizit im Dienstleistungsverkehr ist nach dem stetigen Rück-

gang im Vorjahr wieder gestiegen. Ausschlaggebend dafür waren vermehrte Ausgaben im Reiseverkehr bei deutlich rückläufigen Einnahmen. Das im Vergleich zum Vorquartal geringere Defizit in der Übertragungsbilanz erklärt sich vor allem mit dem vorübergehend gesunkenen Nettobeitrag der Bundesrepublik zum EG-Haushalt. Die Leistungsbilanz, also die kumulierten Salden des Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie der unentgeltlichen Leistungen, schloß im Berichtsquartal mit einem Überschuß von 3,5 Mrd. DM ab.

Zügiger Anstieg der Ausfuhr von Investitionsgütern

Bei den klassischen Herstellern von Investitionsgütern hat sich der Aufwärtstrend der Exporte, der zur Jahresmitte 1984 eingesetzt hat, nahezu unvermindert fortgesetzt. Das gilt besonders für den Maschinenbau, dessen Lieferungen erstmals wieder den Anschluß an das hohe Niveau vom Jahresende 1981 erreicht haben. Seinerzeit hatte besonders die stürmische Nachfrage aus den OPEC-Ländern die Entwicklung bestimmt; jetzt kam der Impuls vor allem aus den Industrieländern. Dort hat sich die Nachfrage — ähnlich wie dies auch im Inland zu beobachten ist — auf elektronisch gesteuerte Maschinen und Automaten verlagert, also Produkte, bei denen die Bundesrepublik weltweit eine führende Position hat. Ähnlich kräftig wie im Maschinenbau konnten auch die Exporte der Feinmechanik und Optik und der EBM-

¹ Analysiert werden in diesem Bericht saison- und arbeitstäglich bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen.

Außenbeitrag und Leistungsbilanzsaldo der Bundesrepublik Deutschland
In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

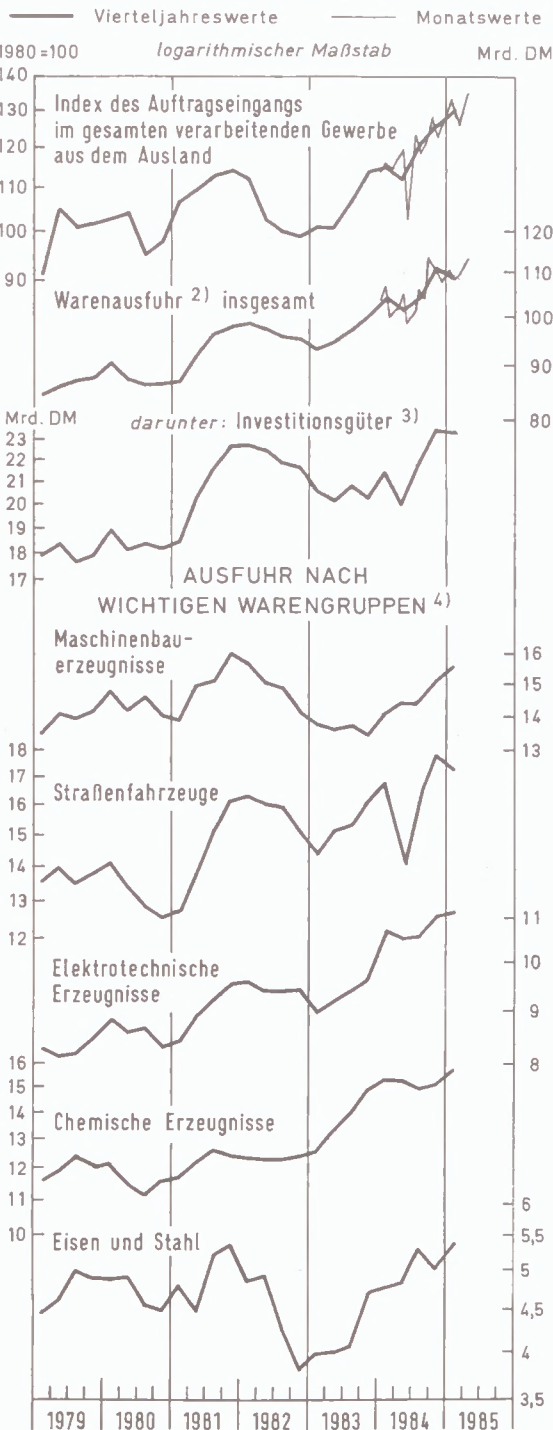
	Ursprungswerte								Saison- ¹ und arbeitstäglich bereinigte Werte				
	1982	1983	1984	1984				1985	1984				1985
				I	II	III	IV		I	II	III	IV	
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)													
Ausfuhr	539,1	540,1	599,9	144,7	140,9	146,4	167,9	160,7	142,9	143,5	152,1	160,9	161,2
Waren	424,5	427,7	480,5	118,6	113,3	115,8	132,8	132,2	114,8	114,4	122,1	128,8	130,2
Dienste	114,6	112,4	119,4	26,1	27,6	30,6	35,1	28,5	28,1	29,1	30,0	32,1	31,0
Einfuhr	501,2	501,6	551,4	136,2	134,2	139,8	141,2	148,9	134,2	135,1	137,8	143,7	148,8
Waren	365,5	373,7	420,7	105,4	103,1	101,8	110,4	116,0	102,5	102,8	105,4	109,9	114,5
Dienste	135,7	127,9	130,7	30,8	31,1	38,0	30,8	32,9	31,7	32,3	32,4	33,8	34,3
Salden:													
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	37,9	38,5	48,5	8,5	6,7	6,6	26,7	11,8	8,7	8,4	14,3	17,2	12,4
Waren	59,0	54,0	59,8	13,2	10,2	14,0	22,4	16,2	12,3	11,6	16,7	18,9	15,7
Dienste	-21,1	-15,5	-11,3	-4,7	-3,5	-7,4	4,3	-4,4	-3,6	-3,2	-2,4	-1,7	-3,3
Übertragungen ²	-31,6	-29,8	-34,9	-7,8	-8,9	-8,8	-9,4	-8,9	-7,8	-8,9	-8,8	-9,4	-8,9
Leistungsbilanz ³	6,3	8,7	13,6	0,7	-2,2	-2,2	17,3	2,9	0,9	-0,5	5,5	7,8	3,5
(Finanzierungssaldo)													
Nachrichtlich:													
Leistungsbilanz ⁴	8,2	10,5	17,7	2,2	-0,4	-2,5	18,4	4,2	3,1	0,0	4,0	10,2	5,7
(In der Abgrenzung der Zahlungsbilanz)													
Veränderung ⁵ in vH													
	Vorjahr								Vorquartal				
Ausfuhr	9,0	0,2	11,1	9,7	7,3	12,9	14,0	11,2	1,8	0,4	6,0	5,8	0,2
Waren	8,2	0,8	12,3	12,2	8,1	13,4	15,4	11,4	3,3	-0,4	6,7	5,5	1,1
Dienste	12,1	-1,9	6,2	-0,5	4,2	10,9	9,3	9,2	-4,0	3,9	3,0	7,1	-3,4
Einfuhr	4,5	0,1	9,9	13,0	9,9	8,5	8,6	9,2	1,3	0,6	2,0	4,3	3,6
Waren	2,3	2,2	12,6	17,4	12,3	10,9	10,1	10,1	3,1	0,3	2,5	4,3	4,2
Dienste	10,7	-5,8	2,2	0,0	2,8	2,5	3,3	6,8	-4,1	1,9	0,5	4,1	1,5
Zu Preisen von 1976 (Mrd. DM)													
Ausfuhr	422,7	417,4	450,5	109,9	106,3	110,0	124,3	118,3	108,4	108,2	114,2	119,3	118,6
Waren	336,6	334,8	365,6	91,0	86,5	88,1	100,0	98,2	88,2	87,5	92,9	96,8	96,9
Dienste	86,1	82,6	84,9	18,9	19,8	21,9	24,3	20,1	20,2	20,7	21,3	22,5	21,7
Einfuhr	365,5	367,3	388,2	96,5	95,1	98,3	98,3	101,4	95,1	95,0	96,9	100,5	101,5
Waren	266,7	276,3	298,7	74,6	73,7	72,6	77,8	78,9	73,1	72,8	74,9	77,6	78,5
Dienste	98,8	91,0	89,5	21,9	21,4	25,7	20,5	22,5	22,0	22,2	22,0	22,9	23,0
Salden:													
Waren und Dienste (Außenbeitrag)	57,2	50,1	62,3	13,4	11,2	11,7	26,0	16,9	13,3	13,2	17,3	18,8	17,1
Waren	69,9	58,5	66,9	16,4	12,8	15,5	22,2	19,3	15,1	14,7	18,0	19,2	18,4
Dienste	-12,7	-8,4	-4,6	-3,0	-1,6	-3,8	3,8	-2,4	-1,8	-1,5	-0,7	-0,4	-1,3
Veränderung ⁵ in vH													
	Vorjahr								Vorquartal				
Ausfuhr	4,6	-1,3	7,9	7,0	4,2	9,8	10,4	7,6	1,0	-0,2	5,5	4,5	-0,6
Waren	3,7	-0,5	9,2	9,4	5,1	10,5	11,7	7,9	2,4	-0,8	6,2	4,2	0,1
Dienste	8,3	-4,1	2,7	-3,5	0,7	7,4	5,6	6,4	-4,4	2,8	2,1	5,9	-3,6
Einfuhr	2,1	0,5	5,7	9,1	4,6	4,3	4,9	5,1	-1,0	-0,1	2,0	3,7	1,0
Waren	0,3	3,6	8,1	13,2	6,4	6,5	6,6	5,8	0,5	-0,3	2,8	3,7	1,2
Dienste	7,5	-7,8	-1,7	-2,9	-1,4	-1,5	-1,1	2,7	-5,9	0,7	-0,5	3,6	0,4
Nachrichtlich:													
Terms of Trade ⁶	93,0	94,8	93,8	93,2	94,0	93,7	94,0	92,6	93,4	93,2	93,7	94,2	92,3
Veränderung in vH	2,0	1,9	-1,1	-1,0	-2,0	-1,2	-0,2	-0,6	-1,4	-0,2	0,5	0,5	-2,0

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 3). — ² Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben; nicht saisonbereinigt.
— ³ Außenbeitrag und Saldo der Übertragungen. — ⁴ Ohne Leistungsverkehr mit der DDR; Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank. — ⁵ Berechnet auf Basis ungerundeter Daten. — ⁶ Deflator der Ausfuhr in vH des Deflators der Einfuhr; Index (1976 = 100).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW.

Zur Ausfuhrentwicklung der Bundesrepublik Deutschland

saison- und preisbereinigte Werte ¹⁾



¹⁾ Saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren. — ²⁾ Spezialhandel. — ³⁾ Nach der überwiegenden Verwendungsart abgegrenzte Waren. — ⁴⁾ Warenverzeichnis der Industriestatistik; Anteil des Exports dieser Warengruppen am gesamten Warenexport im Jahr 1984: 59 vH.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW 85

Industrien ausgeweitet werden. Dagegen haben die Ausfuhren von elektrotechnischen Investitionsgütern nur verhalten zugenommen. Die Lieferungen von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten sowie von Lastkraftwagen und Personenkraftwagen über zwei Liter Hubraum, die zu den Investitionsgütern gerechnet werden, sind sogar erheblich gesunken. Im Straßenfahrzeugbau erklärt sich diese Entwicklung — wie schon erwähnt wurde — damit, daß die Ausfuhren besonders in dieser Branche im Jahresendquartal wegen der Nachholeffekte im Gefolge der Arbeitskämpfe überhöht waren. Daher waren auch die Lieferungen von Personenkraftwagen bis zwei Liter Hubraum, die zu den Verbrauchsgütern zählen, im Berichtsquartal deutlich niedriger als im vorangegangenen Quartal. Die Exporte von elektrotechnischen Gebrauchsgütern haben das hohe Exportvolumen vom Vorquartal knapp verfehlt. Dagegen wurden Textilien und Bekleidung weiter zügig exportiert. Insgesamt haben die Ausfuhren von Verbrauchsgütern auf dem gegen Jahresende 1984 erreichten Niveau verharret.

Die Exporte der Grundstoffindustrien, welche in der zweiten Jahreshälfte 1984 auf hohem Niveau stagniert hatten, sind nach der Jahreswende deutlich ausgeweitet worden. Sowohl Eisen und Stahl als auch chemische Erzeugnisse konnten vermehrt ins Ausland geliefert werden. Dabei dürften lagerzyklische Vorgänge, die im Zusammenhang mit einer erwarteten höheren Produktion in den westeuropäischen Industrieländern zu sehen sind, eine Rolle gespielt haben.

Ausfuhr in die EG-Länder leicht gesunken

Die preisbereinigten Exporte in die EG-Länder sind im Berichtsquartal etwas geringer gewesen als im Vorquartal. Diese Entwicklung spiegelt indes keine neue konjunkturelle Tendenz wider, sondern ist unter dem Aspekt zu sehen, daß sich bei dieser Ländergruppe der streikbedingte Nachholeffekt im Straßenfahrzeugbau wegen des hohen Anteils dieser Güter im Exportsortiment nachhaltig ausgewirkt hat. Allerdings war der Zusammenhang zwischen dem Exportanteil von Straßenfahrzeugen und der Entwicklung der gesamten Exporte in das jeweilige Land nach der Jahreswende nicht einheitlich. Im Einklang mit den Sondereinflüssen im Straßenfahrzeugbau ist im Berichtsquartal die gesamte Ausfuhr nach Frankreich, Belgien/Luxemburg, Großbritannien und in die Niederlande merklich gesunken. Dagegen konnten die Ausfuhren nach Italien und Dänemark weiter zügig ausgeweitet werden. Die Exporte in die EFTA-Länder haben ebenfalls mit kaum vermindertem Tempo zugenommen. Insbesondere Schweden und Österreich haben verstärkt deutsche Produkte importiert.

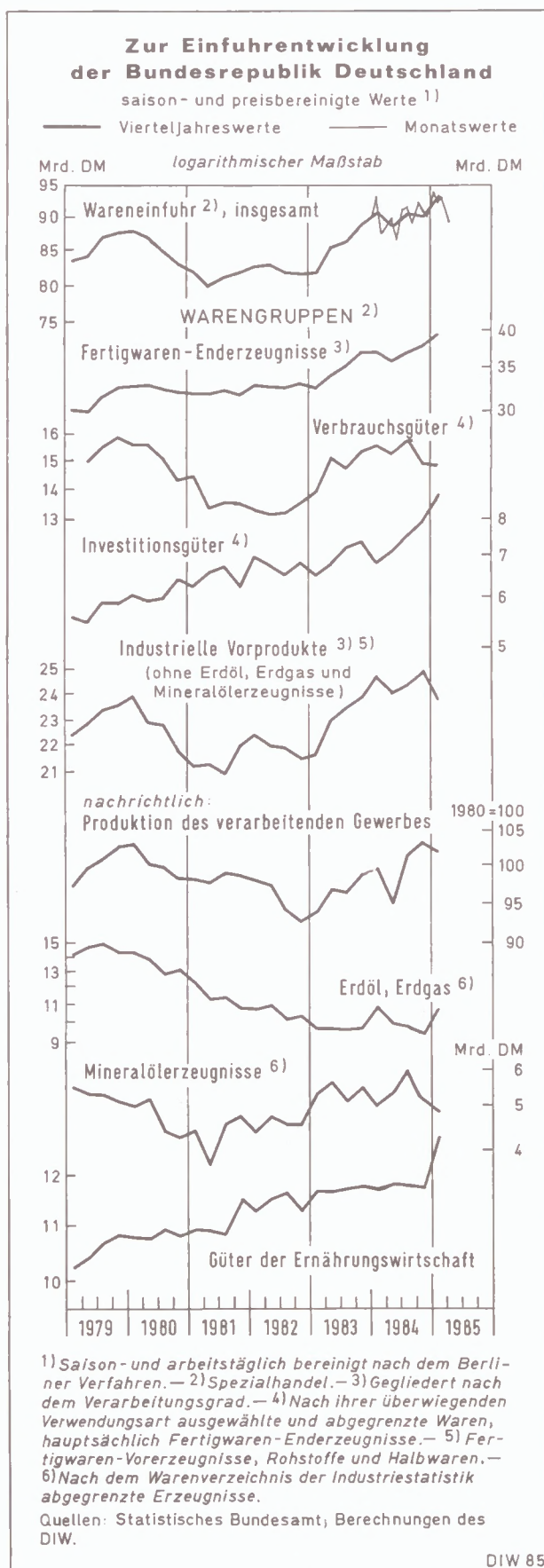
Die Abschwächung der Wachstumsrate der Exporte in die USA ist neben konjunkturellen Gründen ebenfalls auf die sehr hohen Exportziffern des Straßenfahrzeugbaus

im Jahresendquartal 1984 zurückzuführen. Immerhin beträgt der Anteil der Kraftfahrzeuge am gesamten Export nach den USA knapp 37 vH (1984). Trotz der Produktionsverlagerung eines wichtigen Exporteurs dieser Branche in die USA ist dieses Land nach wie vor mit deutlichem Abstand der größte Abnehmer von Erzeugnissen des Straßenfahrzeugbaus aus der Bundesrepublik. Bemerkenswert ist, daß sich dieser Exportanteil seit 1979, also dem Jahr vor Einsetzen der kräftigen realen Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar, nicht nennenswert verändert hat.

Die realen Ausfuhren in die Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) sind nach dem kräftigen Anstieg gegen Jahresende deutlich gesunken. In die OPEC-Länder hat sich der seit Jahresende 1983 zu verzeichnende Abwärtstrend des Exports, wenn auch merklich verlangsamt, fortgesetzt. Nach der Jahreswende 1984/85 haben die realen Lieferungen in die Ostblockländer wieder expandiert. Allerdings ist dies weniger auf die Entwicklung des Handels mit der Sowjetunion zurückzuführen — die Ausfuhren dorthin haben stagniert — als auf den Handel mit den kleineren europäischen RGW-Ländern, namentlich Ungarn und Polen. Die Exporte nach China konnten erneut kräftig, im Vorjahrsvergleich um fast 80 vH, gesteigert werden. Der Anteil dieses Landes am Gesamtexport ist mit knapp 1 vH allerdings noch niedrig.

Einfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen erneut gestiegen

Seit der Jahresmitte 1984 sind die Einfuhren von Fertigwaren-Enderzeugnissen langsam, aber kontinuierlich gestiegen; im Berichtsquartal haben hauptsächlich vermehrte Bezüge von Investitionsgütern zur weiteren Aufwärtsentwicklung beigetragen. Allerdings war dabei weniger die Zunahme der Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik von Bedeutung als die Ausweitung des Handels im Gemeinschaftsprojekt Airbus-Fertigung; hier kam es zu einer sprunghaften Erhöhung der Importe von Luftfahrzeugen und -teilen. Erheblich langsamer nahmen dagegen die Einfuhren von Maschinenbauerzeugnissen und elektrotechnischen Investitionsgütern zu. Rückläufig waren die Importe von Büromaschinen und Lastkraftwagen. Bei den zu den Investitionsgütern zählenden Kraftfahrzeugen hat sich die bereits länger als ein Jahr währende abwärtsgerichtete Tendenz verstärkt. Offensichtlich sind deutsche Produkte so wettbewerbsfähig, daß es ausländische Anbieter schwer haben, ihre Marktanteile zu halten, geschweige denn auszubauen. Auch die Importe von Personenkraftwagen bis zwei Liter Hubraum sind im Berichtsquartal weiter kräftig gesunken und lagen um rund 17 vH unter ihrem Vorjahrsniveau. Dabei hat die Kaufzurückhaltung wegen der ungeklärten Regelungen bei der Einführung der Katalysatortechnik auch den Import beeinträchtigt. Elektrotechnische Gebrauchsgüter



wurden ebenfalls erneut in geringerem Umfang als im Vorquartal importiert. Lediglich die Einfuhren von Textilien und Bekleidung sind etwas gestiegen. Insgesamt war die Einfuhr von Verbrauchsgütern wiederum rückläufig; sie lag im Berichtsquartal um rund 5 vH unter ihrem Vorjahresniveau.

Die Einfuhr von industriellen Vorprodukten (ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse) ist der gesunkenen Produktion des verarbeitenden Gewerbes gefolgt; die Einfuhren lagen im Berichtsquartal sogar unter dem Vorjahresergebnis. Vermehrt importiert wurden bei dem ungewöhnlich langen und strengen Winter Erdöl und Erdgas. Die Importe von Mineralölerzeugnissen waren dagegen weiterhin rückläufig.

Einfuhrpreise beschleunigt gestiegen

Die Einfuhrpreise (Durchschnittswerte) sind im Berichtsquartal sprunghaft gestiegen. Dabei hat die erneute Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar die Entwicklung bestimmt; immerhin muß etwa ein Drittel der gesamten Importe mit US-Devisen bezahlt werden. Hinzu kam ein Struktureffekt, nämlich die vermehrten Bezüge von Gütern mit relativ hohen Preisen (Investitionsgüter, Erdöl/Erdgas); daher haben sich die Durchschnittswerte, bei denen eine aktuelle Gewichtung vorgenommen wird (Paasche-Index), kräftig erhöht. Der negative Effekt der Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar zeigt sich darin, daß die Rohstoffpreise und insbesondere die Erdölpreise in D-Mark entgegen dem Preistrend auf dem Weltmarkt erneut gestiegen sind.

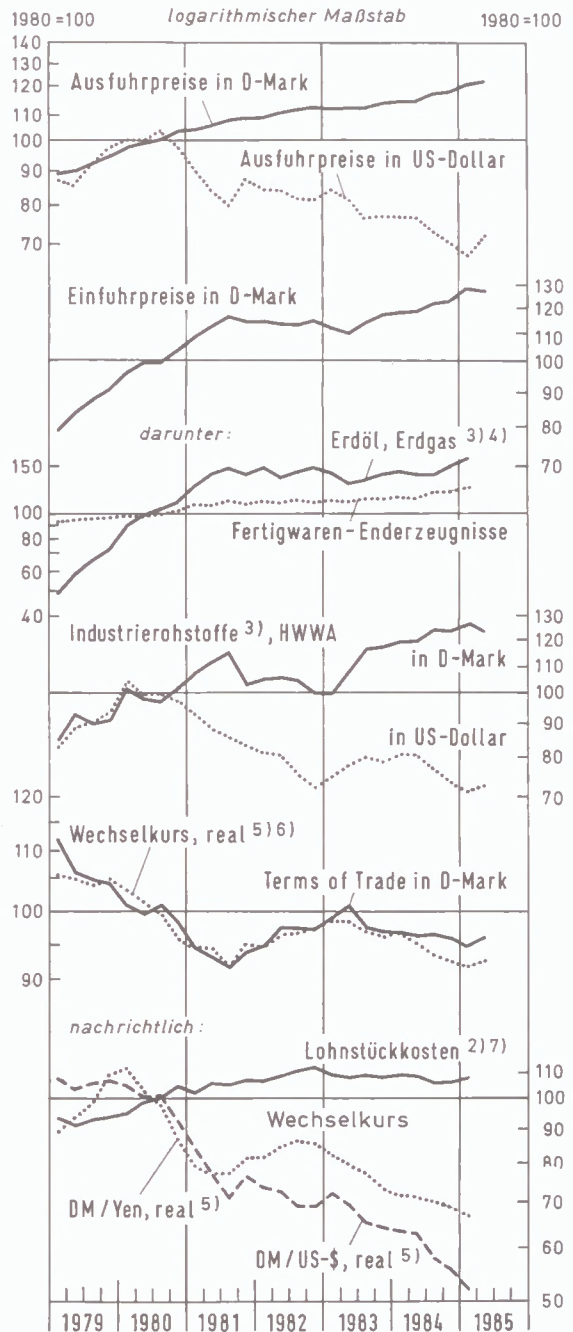
Die Ausfuhrpreise (Durchschnittswerte) wurden wiederum nur mäßig angehoben. Der Wechselkursbedingte Preiserhöhungsspielraum wurde offensichtlich nicht ausgeschöpft. Der Anstieg der Ausfuhrpreise entsprach etwa der Entwicklung der Erzeugerpreise im Inlandsabsatz. Die Exportpreise sind ein wichtiger Parameter in der Absatzstrategie der großen multinationalen Exportunternehmen. Wie erste Bilanzergebnisse dieser Unternehmen zeigen, entstehen z. B. die Gewinne aus der Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar bei den Tochtergesellschaften in den USA. Bei dieser Absatzstrategie spielt auch eine Rolle, daß die steuerliche Belastung von Gewinnen in den USA erheblich geringer ist als in der Bundesrepublik. Die Relation zwischen Ausfuhr- und Einfuhrpreisen (Terms of Trade) hat sich bei den skizzierten unterschiedlichen Einflüssen des Wechselkurses auf die Außenhandelspreise erneut deutlich verschlechtert.

Ausblick

Der reale Auftragseingang aus dem Ausland beim gesamten verarbeitenden Gewerbe hat im ersten Tertial erneut kräftig zugenommen; ausschlaggebend dafür war die Nachfrage im Investitionsgütergewerbe. Dabei sind

Preisentwicklung¹⁾²⁾ im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland

Vierteljahreswerte



- 1) Preise bei Lieferung (Durchschnittswerte). — 2) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — 3) Nicht saisonbereinigt. — 4) Warenverzeichnis der Industriestatistik. — 5) DM-Außenwert bereinigt um das Konsumentenpreisgefälle. — 6) Gegenüber 12 wichtigen Handelspartnern. — 7) Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; HWWA; Berechnungen und Schätzungen (II/85) des DIW.

nicht nur die klassischen Investitionsgüter, also Maschinenbauerzeugnisse und elektrotechnische Investitionsgüter sowie Büromaschinen und ADV-Geräte, vermehrt nachgefragt worden, sondern auch Personenkraftwagen. Unterstützt wird die nach wie vor günstige Exportkonjunktur durch mäßige Kostensteigerungen; bei den importierten Rohstoffen zeichnet sich sogar eine Preissenkung ab. Der reale Wechselkurs, der sich weiterhin auf niedrigem Niveau bewegt, signalisiert deutschen Anbietern hinsichtlich der Preisgestaltung einen unverändert hohen Wettbewerbsvorteil. Nicht zuletzt deshalb haben die Exporte im März/April gegenüber den vorangegangenen beiden Monaten kräftig zugenommen. Bei der sich verstärkenden Investitionsneigung in den Industrieländern wird die Ausfuhr in den kommenden Monaten deutlich steigen. Wegen des streikbedingt niedrigen Vorjahrsniveaus werden die Wachstumsraten im Vorjahrsvergleich besonders im Mai und Juni sehr hoch sein.

Die Wareneinfuhr wird in den kommenden Monaten wiederum nur schwache Impulse von der Binnenkonjunktur erhalten, das gilt vor allem für die Verbrauchsgüternachfrage. Bei den Investitionsgütern dürfte sich die Tendenz fortsetzen, daß insbesondere hochwertige ausländische Produkte importiert werden. Die Einfuhren von industriellen Vorprodukten werden bei mäßiger Produktionsausweitung nahezu stagnieren. Insgesamt ist damit zu rechnen, daß sich die Einfuhr auf sehr flachem Wachstumspfad bewegt.

Aufgrund des unterschiedlichen Wachstumstempos von Ausfuhren und Einfuhren wird der Überschuß im Warenhandel im zweiten Quartal erheblich steigen. Die Erhöhung wird wegen der sich anbahnenden Verbesserung der Terms of Trade in nominaler Rechnung noch kräftiger ausfallen. Damit wird der Nettoexport die traditionellen Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz weit übertreffen. Die Leistungsbilanz wird im zweiten Quartal saisonbereinigt mit einem etwa doppelt so hohen Überschuß wie im ersten Quartal abschließen.

Die öffentlichen Haushalte im internationalen Vergleich

Die Diskussion um die Rolle des Staates in den westlichen Industrieländern wird nach wie vor von der These beherrscht, ein hoher und wachsender Staatsanteil hemme die wirtschaftlichen Antriebskräfte, weil der Staat entweder über eine steigende Abgabenlast die Leistungsbereitschaft bzw. -fähigkeit des privaten Sektors beeinträchtigt oder — bei Finanzierungsdefiziten staatlicher Tätigkeit — knappe Kreditmarktmittel beansprucht und damit für Zinssteigerungen Sorge, was wiederum die privaten Investitionen zurückdrängt. Zudem gefährde eine hohe Neuverschuldung des Staates die Preisstabilität.

Daraus wird für die Regierungen die Empfehlung hergeleitet, zunächst einmal die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren — möglichst zugleich den Staatsanteil zu reduzieren —, damit der Weg für die wirtschaftliche Erholung der Volkswirtschaften frei werde.

Dieser Argumentation mangelt es freilich an empirischer Evidenz. Ergebnisse jüngerer Arbeiten über den Zusammenhang von Steuerbelastung und Wirtschaftswachstum, die sich im wesentlichen auf einen Vergleich zwischen Entwicklungsländern verschiedenen Entwicklungsstandes stützen¹, können als Beleg für die Situation in westlichen Industrieländern nicht ausreichen. Dem Blick auf die öffentlichen Haushalte wichtiger westlicher Industrieländer — fünf EG-Länder, Japan, USA — präsentiert sich ein zu vielschichtiges Bild, als daß es den behaupteten Zusammenhang zwischen finanzpolitischer Zurückhaltung und günstiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklung erhärten könnte².

Verdrängungseffekte nicht nachweisbar

Für die crowding-out-These scheint zunächst zu sprechen, daß mit Japan und den USA jene Länder, die in den letzten Jahren das kräftigste Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatten, im Ländervergleich 1984 mit 34 bzw. 37 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auch die niedrigste Quote der staatlichen Ausgaben insgesamt aufweisen³. Die Ausgabenquoten der betrachteten europäischen Länder reichten dagegen 1984 von 46 vH (Großbritannien) bis knapp 60 vH (Italien) und waren damit wesentlich höher als in Japan und den USA.

Freilich wird dabei übersehen, daß das hohe und vergleichsweise stetige Sozialproduktwachstum in Japan von einer raschen Zunahme der staatlichen Ausgaben begleitet war. Im Zeitraum von 1970 bis 1984 ist die Ausgabenquote nur in Italien wesentlich stärker gestiegen; in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland hielt sich die Steigerung in deutlich engeren Grenzen. Seit 1975 weisen die japanischen öffentlichen Haushalte Finanzierungsdefizite auf. Diese waren — in Relation zum Bruttoinlandsprodukt — insbesondere zum Ende der siebziger Jahre höher als in den meisten übr-

gen Ländern, nachdem hier die öffentlichen Defizite, die im Gefolge der ersten Ölkrise auftraten, nach und nach reduziert worden waren.

Auch in den USA ging der kräftige Aufschwung in den letzten Jahren mit einer Zunahme sowohl der Staatsausgaben insgesamt als auch — verstärkt durch die Steuerentlastungen — des staatlichen Defizits einher. Noch 1984, nach den ersten Konsolidierungsbemühungen — im wesentlichen zu Lasten der Sozialleistungen —, lag das staatliche Defizit mit rd. 3,4 vH des Bruttosozialprodukts über dem der Bundesrepublik Deutschland (2,3 vH), das im Ländervergleich 1983 und 1984 ohnehin den niedrigsten Wert aufwies.

Die Verdrängungsthese ist auch insofern irrig, als die Höhe der staatlichen Ausgaben insgesamt nicht gleichzusetzen ist mit dem Umfang, in dem die staatliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen das Produktionspotential der Volkswirtschaft in Anspruch nimmt. Denn in erheblichem Maß wird die Ausgabenquote auch durch staatliche Verteilungstransaktionen — vor allem soziale Leistungen, Subventionen und Zinszahlungen — bestimmt. Die im Ländervergleich unterschiedliche Größenordnung beider Ausgabearten läßt allerdings nicht ohne weiteres auf eine entsprechend verschiedene Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen schließen. Zum Teil kommt hierin zum Ausdruck, daß bestimmte soziale Aufgaben in einigen Ländern unmittelbar vom Staat übernommen werden, in anderen Ländern vom privaten Sektor erfüllt, mittelbar oder unmittelbar aber durch staatliche Transfers finanziert werden. Besonders deutlich wird dies an Italien und Großbritannien. Hier hat die staatliche Nachfrage einen besonders hohen Stellenwert. Dies hat nicht zuletzt mit der staatlichen Organisation des Gesundheitswesens zu tun: Nur ein kleiner Teil der entsprechenden Leistungen wird vom privaten

¹ Vgl. Keith Marsden, *Links between Taxes and Economic Growth, Some Empirical Evidence*. World Bank Staff Working Papers No. 605, Washington 1983.

² Die der Analyse zugrunde liegenden Angaben basieren, soweit es sich um EG-Länder handelt, auf harmonisierten Daten des Systems europäischer volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) und erlauben so einen besseren Vergleich als bei Verwendung nationaler Statistiken. Auch hier sind allerdings Unsicherheiten in Kauf zu nehmen, die mit von Land zu Land unterschiedlichen institutionellen Regelungen und demzufolge verschiedener Verbuchung im Kontenschema der Gesamtrechnung in Zusammenhang stehen. Die Ausgaben und Einnahmen der EG-Ebene sind in den nationalen Haushalten nach ESGV-Abgrenzung nicht enthalten. Für Japan und die USA wurden in erster Linie OECD-Statistiken herangezogen, in denen ebenfalls angestrebt wird, im Rahmen des UN-Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen Vergleichbarkeit zu erreichen.

³ Infolge der saldierten Verbuchung der Vermögensübertragungen sind die Relationen allerdings etwas niedriger, als sie es bei der Verbuchung von Bruttoströmen — wie bei den EG-Ländern — wären.

Sektor erbracht und über soziale Geldleistungen finanziert; der überwiegende Teil wird unmittelbar von staatlichen Institutionen bereitgestellt und infolgedessen als öffentlicher Verbrauch erfaßt. Dafür ist das Niveau der Sozialleistungen in beiden Ländern entsprechend geringer.

Über Qualität und Kosten der Systeme kann gestritten werden. Während an der direkten staatlichen Versorgung oft die Qualität der Leistung kritisiert wird, geben die steigenden Lasten eines staatlich geregelten Versicherungssystems, mittels dessen im privatwirtschaftlichen Dienstleistungsbereich Spitzeneinkommen erzielt werden, Anlaß zu Anpassungsmaßnahmen.

Die Beanspruchung des Produktionspotentials durch staatliche Nachfrage ist nicht gleichzusetzen mit der Verdrängung privater Nachfrage. Steigert der Staat seine Konsum- und Investitionsausgaben in einer Phase schwacher wirtschaftlicher Entwicklung, so beschäftigt er Produktionsfaktoren, die sonst brach lägen. Er stabilisiert damit den Konjunkturverlauf. Bei hoher Arbeitslosigkeit ist die Erhöhung von öffentlichen Verbrauchsausgaben gegenüber den sonst fälligen zusätzlichen Sozialtransfers vorzuziehen: Werden — bei entsprechender Qualifikation — Arbeitslose vom Staat zur Deckung des reichlich vorhandenen Bedarfs etwa im Bereich sozialer Dienste eingestellt, so wird zumindest in Höhe der jetzt für sie erbrachten Arbeitslosenzahlungen zuzüglich entgangener Einkommensteuer das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential ohne zusätzliche Anspannung der öffentlichen Haushalte erweitert⁴.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß der Staat seine Verbrauchs- und Investitionsausgaben nicht aus Eigennutz tätigt, sondern damit Leistungen erbringt, die gewerbliche Unternehmen und private Haushalte ergänzend zur privatwirtschaftlich erstellten Produktion von Gütern und Dienstleistungen nutzen. Teilweise ist die Schaffung, Erhaltung und Betreibung von staatlichen Infrastruktureinrichtungen sogar erst die Voraussetzung dafür, daß sich die privatwirtschaftliche Aktivität entfaltet. Indem der Staat das Produktionspotential nutzt, ermöglicht er — insbesondere durch öffentliche Investitionen sowie durch Ausgaben für Forschung und Entwicklung — zugleich dessen Erweiterung. So kann einer kurzfristigen Anspannung eine mittel- und längerfristige Entlastung gegenüberstehen. Es kommt für die Beurteilung der makroökonomischen Wirkungen von Staatsausgaben folglich weniger auf deren bloße Höhe an als auf ihre Struktur und Qualität.

Konjunkturelle Wirkungen

Die rasche Zunahme der staatlichen Ausgaben für den öffentlichen Verbrauch und für Investitionen und ein steigendes Defizit haben in *Italien* nicht verhindert, daß sich das Bruttoinlandsprodukt in den achtziger Jahren zunächst nur noch wenig erhöhte, 1982 und 1983 sogar

zurückging. Die Bemühungen um Preisstabilisierung, in erster Linie darauf gerichtet, die Dynamik der nominalen Einkommensentwicklung zu vermindern, zogen eine Abschwächung auch der realen privaten Konsumnachfrage nach sich, die wegen der Rezession bei wichtigen Handelspartnern mit einem schwachen Export zusammentraf. Dies beeinträchtigte auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, zumal die Regierung sich weiterhin erfolgreich um eine Verbesserung der Steuereinnahmen — nicht zuletzt im Kampf gegen Steuerhinterziehung — bemühte. In dieser Situation hat die Expansion staatlicher Nachfrage gesamtwirtschaftlich stabilisierend gewirkt, so daß vermutlich ein noch stärkerer Einbruch vermieden worden ist. Freilich wurde die Konsolidierungslast auf künftige Jahre verschoben. 1984 wurde wieder ein Wirtschaftswachstum erreicht. Impulse dafür gab auch eine fortgesetzt steigende staatliche Nachfrage bei im Ländervergleich besonders hohem Finanzierungsdefizit.

In *Großbritannien* nahmen in den achtziger Jahren die öffentlichen Verbrauchsausgaben ebenso wie zunächst die öffentlichen Investitionen nur bescheiden zu. Im Zeichen einer Konsolidierungspolitik wurden darüber hinaus die Steuer- und die Sozialabgabenquote gesteigert. Die Finanzierungsdefizite wurden dennoch nur schleppend abgebaut, denn die Sozialleistungen nahmen rasch zu, nicht zuletzt wegen der stark verschlechterten Arbeitsmarktlage. Seit 1983 hat der Staat die Investitionen wieder stärker ausgeweitet und zugelassen, daß das Finanzierungsdefizit erneut zunimmt; er hat so die wirtschaftliche Expansion gestützt⁵.

Nach *Italien* und *Großbritannien* zählen auch die *USA* zu den Ländern mit vergleichsweise hohem Anteil staatlicher Verbrauchs- und Investitionsausgaben am Inlandsprodukt. Während jedoch dieser Anteil von 1970 bis 1984 in *Italien* sehr rasch, in *Großbritannien* leicht zugenommen hat, ist die staatliche Nachfrage in den Vereinigten Staaten relativ zurückgegangen. Dennoch lag der Anteil 1984 mit knapp einem Fünftel noch merklich über dem *Japans* (15 vH) und der Bundesrepublik *Deutschland* (16 vH)⁶. In den *USA* haben die Verbrauchsausgaben

⁴ Vgl. Eugen Spitznagel, Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Entlastungswirkung und Kostenvergleiche, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Heft 1/1985, S. 20 ff.

⁵ Vgl. Ist die Überwindung der Rezession in den angelsächsischen Ländern auf eine konsequent angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zurückzuführen? Bearb.: Manfred Teschner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 14/1984.

⁶ Im Gegensatz zur Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, werden im Europäischen System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen die staatlichen Ausgaben für soziale Sachleistungen nicht dem staatlichen Verbrauch, sondern den Sozialleistungen zugerechnet, damit Vergleichbarkeit mit den EG-Ländern ähnlicher institutioneller Regelungen gegeben ist. Analog wurde hier auch für Dänemark eine Umbuchung im Wege von Schätzungen vorgenommen. Der Vergleich mit *Italien* und *Großbritannien* bleibt freilich aus den angesprochenen Gründen und mangels zusätzlicher Informationen eingeschränkt.

Italien
Einnahmen und Ausgaben des staatlichen Sektors 1970-1984
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
vH

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Einnahmen, insgesamt	31,2	31,8	31,5	31,0	31,4	31,8	33,6	35,2	36,5	36,1	38,3	39,8	42,4	45,8	45,6
darunter:															
Produktionssteuern und -abgaben	11,2	10,9	10,2	9,8	9,8	8,7	9,6	10,3	10,1	9,4	10,1	9,7	10,1	11,2	11,4
Laufende Einkommen- und Vermögensteuern	5,5	5,7	6,3	6,0	6,0	6,7	7,7	8,6	10,0	9,8	11,2	12,8	14,2	15,6	15,1
Sozialbeiträge	11,9	12,4	12,4	12,6	12,8	14,0	14,0	13,8	14,0	14,5	14,5	14,7	15,7	16,4	16,3
Ausgaben, insgesamt	34,7	37,0	39,0	38,0	38,4	43,4	42,6	43,1	46,3	45,6	46,3	51,7	55,2	57,6	59,2
darunter:															
Zinsen	1,8	2,0	2,3	2,5	3,1	4,0	4,5	4,9	5,9	5,8	6,3	7,2	8,5	9,1	9,7
Subventionen	1,5	1,6	1,9	1,6	1,6	2,2	2,2	2,3	2,5	2,6	2,4	2,5	3,0	2,5	2,7
Sozialleistungen	12,4	13,1	13,9	13,8	13,7	15,7	15,6	15,2	16,5	15,7	15,8	17,7	18,5	19,6	19,4
Letzter Verbrauch	13,8	15,5	16,1	15,5	15,1	15,4	14,8	15,3	15,9	16,2	16,4	18,3	18,6	19,5	19,6
Personalausgaben	10,3	11,5	11,9	11,6	11,2	11,3	10,9	11,4	11,8	12,0	12,2	13,6	13,7	14,0	14,0
Bruttoanlageinvestitionen	3,2	3,0	3,1	2,9	3,1	3,6	3,4	3,3	3,1	3,1	3,4	3,8	4,0	4,3	4,4
Vermögensübertragungen	1,4	0,9	0,8	0,8	0,9	1,6	1,1	1,2	1,4	1,5	1,5	1,5	1,8	1,8	1,9
Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (-)	-3,5	-5,2	-7,5	-7,0	-7,0	-11,7	-9,0	-8,0	-9,7	-9,5	-8,0	-11,9	-12,7	-11,8	-13,6

Quellen: Eurostat, Konten und Statistiken des Staates, 1970 – 1981, Luxemburg 1983; Istat, Annuario di Contabilità Nazionale 1982; Mondo Economico, Relazione Generale sulla situazione economica del paese (1983); ISCO, Rapporto semestrale (Februar 1985); Schätzungen des DIW.

Vereinigtes Königreich
Einnahmen und Ausgaben des staatlichen Sektors 1970-1984
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
vH

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Einnahmen, insgesamt	42,3	39,8	38,5	37,7	41,4	41,7	40,7	40,2	38,6	39,1	40,2	42,1	43,3	42,6	42,8
darunter:															
Produktionssteuern und -abgaben	15,8	14,7	14,0	13,0	13,0	12,5	12,2	12,8	12,7	13,9	14,3	15,1	15,4	15,1	14,9
Laufende Einkommen- und Vermögensteuern	15,3	14,5	13,4	13,4	16,0	16,6	15,6	14,7	14,0	13,4	14,0	14,8	15,3	15,0	15,1
Sozialbeiträge	6,3	6,0	6,5	6,6	7,4	8,0	8,3	8,0	7,5	7,3	7,3	7,6	7,9	8,3	8,6
Ausgaben, insgesamt	39,7	38,7	40,3	41,0	45,1	46,4	45,5	43,5	42,8	42,2	43,9	45,2	45,7	45,9	46,4
darunter:															
Zinsen	3,9	3,6	3,6	3,7	4,3	4,0	4,3	4,4	4,3	4,6	5,0	5,2	5,2	4,9	5,1
Subventionen	1,7	1,6	1,8	1,9	3,4	3,2	2,6	2,1	2,0	2,1	2,1	2,1	1,8	1,9	1,8
Sozialleistungen	8,4	8,2	8,9	8,7	9,4	9,8	10,3	10,5	10,9	10,9	11,3	12,5	13,5	13,4	13,7
Letzter Verbrauch	17,4	17,6	18,1	18,1	19,8	21,6	21,1	20,1	19,7	19,5	21,2	21,8	21,7	21,9	21,8
Personalausgaben	11,5	11,9	12,6	12,4	13,4	14,8	14,2	13,2	12,7	12,4	13,4	13,9	13,6	13,8	.
Bruttoanlageinvestitionen	4,7	4,4	4,3	5,0	5,2	4,7	4,3	3,3	2,7	2,6	2,4	1,9	1,7	1,8	2,1
Vermögensübertragungen	2,0	1,6	1,8	2,1	1,3	1,3	1,1	1,2	1,2	1,0	1,0	1,0	1,1	1,3	1,3
Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (-)	2,5	1,1	-1,8	-3,4	-3,7	-4,7	-4,8	-3,3	-4,2	-3,1	-3,7	-3,0	-2,4	-3,3	-3,6

Quellen: Eurostat, Konten und Statistiken des Staates, 1970 – 1981, Luxemburg 1983; CSO, United Kingdom National Accounts 1984 Edition; CSO, Monthly Digest of Statistics 3/85; CSO, Financial Statistics 3/85; Schätzungen des DIW.

USA
Einnahmen und Ausgaben des staatlichen Sektors 1970-1984
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
vH

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Einnahmen, insgesamt	31,5	30,8	31,9	32,2	33,1	31,7	32,6	32,8	33,0	33,5	34,3	34,8	34,1	33,7	33,4
darunter:															
Produktionssteuern und -abgaben	9,5	9,7	9,4	9,2	9,1	9,1	8,9	8,7	8,3	7,9	8,2	8,5	8,5	8,5	8,3
Laufende Einkommen- und Vermögensteuern	14,0	13,1	14,2	13,9	14,4	13,0	14,0	14,4	14,8	15,1	14,9	14,8	13,8	13,2	13,0
Sozialbeiträge	5,3	5,4	5,7	6,5	6,8	6,7	6,9	6,9	7,1	7,4	7,8	8,1	8,2	8,3	8,4
Ausgaben, insgesamt	32,9	32,9	32,6	31,8	33,3	36,0	34,9	33,9	33,2	33,3	35,3	35,6	37,9	37,8	36,9
darunter:															
Zinsen	2,3	2,2	2,1	2,3	2,4	2,5	2,6	2,6	2,7	3,0	3,3	3,9	4,5	4,7	5,1
Subventionen	0,5	0,5	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,7	0,6
Sozialleistungen	7,8	8,5	8,6	8,8	9,8	11,4	11,2	10,7	10,2	10,3	11,2	11,3	12,1	12,1	11,2
Letzter Verbrauch	19,2	18,5	18,4	17,8	18,5	19,1	18,7	18,2	17,7	17,6	18,3	18,1	19,0	18,7	18,5
Personalausgaben	12,1	12,2	12,1	11,9	12,0	12,3	12,1	11,7	11,4	11,1	11,3	11,0	11,5	.	.
Bruttoanlageinvestitionen	2,5	2,5	2,3	2,3	2,4	2,3	1,9	1,8	1,8	1,8	1,8	1,6	1,5	1,4	1,3
Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (-)	-1,4	-2,1	-0,7	0,4	-0,2	-4,3	-2,4	-1,1	-0,2	0,3	-1,0	-0,8	-3,8	-4,1	-3,4

Quellen: OECD, National Accounts, Detailed Tables 1970-1982; Bureau of Economic Analysis, Survey of Current Business, div. Ausgaben; Schätzungen des DIW.

Frankreich
Einnahmen und Ausgaben des staatlichen Sektors 1970-1984
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
vH

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Einnahmen, insgesamt	40,2	39,5	39,4	39,8	40,7	41,6	43,8	43,7	43,6	45,1	46,9	47,7	48,6	48,6	49,3
darunter:															
Produktionssteuern und -abgaben	15,2	14,9	14,9	14,8	14,4	14,0	14,5	13,8	14,0	14,6	14,7	14,6	14,7	14,5	14,5
Laufende Einkommen- und Vermögensteuern	7,2	6,7	6,8	7,0	7,4	7,2	8,2	8,2	7,8	7,9	8,6	8,8	9,0	9,1	9,3
Sozialbeiträge	14,6	14,8	14,9	15,0	15,7	17,1	17,7	18,4	18,6	19,4	20,2	20,1	20,8	21,2	21,8
Ausgaben, insgesamt	39,3	38,7	38,6	38,8	40,0	43,9	44,3	44,5	45,5	45,8	46,7	49,5	51,2	51,9	52,3
darunter:															
Zinsen	1,1	1,0	0,9	0,8	0,9	1,3	1,2	1,4	1,4	1,5	1,6	2,1	2,2	2,6	2,9
Subventionen	2,0	1,6	1,5	1,6	1,8	2,0	2,1	2,2	2,0	2,0	1,9	2,1	2,1	2,1	2,1
Sozialleistungen	16,8	16,9	17,1	17,3	17,9	20,1	20,3	21,0	21,9	22,3	22,8	24,2	25,2	25,5	25,9
Letzter Verbrauch	13,4	13,5	13,2	13,2	13,6	14,4	14,6	14,7	15,0	14,9	15,2	15,8	16,2	16,3	16,1
Personalausgaben	9,6	9,7	9,7	9,7	10,1	10,7	10,9	11,1	11,3	11,1	11,3	11,6	11,8	11,9	.
Bruttoanlageinvestitionen	3,6	3,4	3,3	3,2	3,3	3,6	3,4	3,1	2,8	2,8	2,9	2,8	2,9	2,9	2,9
Vermögensübertragungen	0,7	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	1,2	0,6	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7	0,6	0,7
Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (-)	0,9	0,7	0,8	0,9	0,6	-2,2	-0,5	-0,8	-1,9	-0,7	0,2	-1,8	-2,6	-3,3	-3,0

Quellen: Eurostat, Konten und Statistiken des Staates, 1970 – 1981, Luxemburg 1983; INSEE, Rapport sur les comptes de la Nation, div. Jahrgänge; Ipecode, Perspectives pour l'économie française 1984 – 1985; Schätzungen des DIW.

Dänemark
Einnahmen und Ausgaben des staatlichen Sektors 1970-1984
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
vH

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Einnahmen, insgesamt	44,3	47,4	47,0	46,9	49,0	45,5	46,5	46,9	48,8	49,7	51,5	51,6	50,4	52,5	54,2
darunter:															
Produktionssteuern und -abgaben	17,3	17,5	17,4	16,7	15,7	15,3	15,9	16,8	17,9	18,4	18,0	17,8	16,9	17,0	17,2
Laufende Einkommen- und Vermögensteuern	21,7	24,2	23,5	25,3	28,0	24,4	24,6	24,0	24,4	24,7	25,8	25,8	25,3	26,3	27,5
Sozialbeiträge	2,4	2,5	2,5	1,7	1,5	1,6	1,5	1,6	1,6	1,7	1,9	2,1	2,4	2,9	2,9
Ausgaben, insgesamt	42,2	43,6	43,0	41,1	45,4	47,3	46,8	47,4	49,1	51,4	54,8	58,5	59,6	60,1	58,7
darunter:															
Zinsen	1,7	1,6	1,5	1,3	1,3	1,3	1,4	1,9	2,2	3,5	4,0	5,3	6,0	8,0	9,5
Subventionen	2,7	2,8	2,9	1,8	2,5	1,8	1,8	1,5	1,6	1,6	1,8	2,0	2,2	2,3	2,0
Sozialleistungen ¹	18,6	19,0	18,6	18,7	20,6	22,9	22,7	23,1	24,2	24,8	26,6	28,0	28,2	27,7	26,3
Letzter Verbrauch ²	12,4	13,6	14,0	13,8	15,1	15,3	14,6	14,7	14,9	15,2	16,3	17,0	17,1	16,5	15,9
Personalausgaben	8,2	9,2	9,5	9,5	10,4	10,7									
Bruttoanlageinvestitionen	4,9	4,7	4,3	3,7	3,8	3,8	3,6	3,7	3,7	3,9	3,5	3,0	2,6	2,1	2,1
Vermögensübertragungen	1,3	1,2	1,0	1,0	1,1	1,2	1,4	1,2	1,3	1,2	1,3	1,7	1,5	1,5	1,3
Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—)	2,1	3,9	3,9	5,8	3,6	-1,9	-0,3	-0,6	-0,4	-1,7	-3,3	-6,9	-9,3	-7,6	-4,5

¹ Einschl. sozialer Sachleistungen (1970: 7,5 vH; 1984: 10 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). — ² Ohne soziale Sachleistungen.

Quellen: Eurostat, Konten und Statistiken des Staates, 1970 – 1981, Luxemburg 1983; Danmarks Statistik, Statistiske Efterretninger, div. Ausgaben; Schätzungen des DIW.

der öffentlichen Hand im Jahr 1982 als kräftiger Nachfrageimpuls gewirkt, in den folgenden Jahren nahmen sie, wie auch die Investitionsausgaben, weniger rasch zu als das nominale Bruttoinlandsprodukt insgesamt. In der Kombination von Ausgaben- und Einnahmengestaltung war die amerikanische Fiskalpolitik in den letzten Jahren dennoch auf die Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage angelegt: Einerseits erlaubte sie mittels Steuerensenkungen die Entfaltung zusätzlicher privater Nachfrage, andererseits wurde die staatliche Nachfrage nicht im Umfang der Steuerausfälle gekürzt, sondern unter Inkaufnahme hoher Finanzierungsdefizite weiter ausgedehnt.

Auch in *Frankreich* hat das Finanzierungsdefizit des Staates seit 1980 ständig zugenommen. Nur zum Teil war dies auf den Anstieg der staatlichen Verbrauchs- und Investitionsausgaben zurückzuführen, die insoweit zunächst die sich abschwächende gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestützt haben. Entscheidend für die defizitäre Entwicklung war, daß für die soziale Sicherung — auch im Zuge der verschlechterten Beschäftigungslage — vermehrt Ausgaben erforderlich wurden, die selbst mit einer nicht unerheblichen Anhebung der Abgabenquote nicht völlig abgedeckt werden konnten.

Ähnlich wie in Frankreich wirkte die öffentliche Verbrauchsnachfrage in *Dänemark* Anfang der achtziger Jahre der rezessiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entgegen, der Anstieg des Haushaltsdefizits wurde dabei

noch durch ein im wesentlichen konjunkturbedingtes Absinken der Steuerquote verstärkt. Seit 1982 wächst das Sozialprodukt wieder, und die Regierung versucht, die Staatsfinanzen im Wege moderaten Ausgabenanstiegs und von Einnahmenverbesserungen zu konsolidieren. Das Defizit wurde, ohne die wirtschaftliche Entwicklung nennenswert zu behindern, binnen zwei Jahren von mehr als 9 vH auf 4,5 vH des Inlandsprodukts zurückgeführt.

In Japan und der Bundesrepublik Deutschland hat sich der Staat von 1981 an bei den Verbrauchs- und Investitionsausgaben zurückgehalten. In *Japan* hielt der öffentliche Verbrauch etwa Schritt mit dem Sozialproduktswachstum, zugleich wurden aber Einnahmenverbesserungen erzielt, so daß das Defizit abgebaut wurde. Zu gleicher Zeit reduzierte sich das Sozialproduktswachstum von knapp 5 auf gut 3 vH. In der *Bundesrepublik Deutschland* nahm die staatliche Nachfrage von 1981 an regelmäßig nur geringer zu als das nominale Bruttoinlandsprodukt insgesamt. Im Ländervergleich wurde so am konsequentesten — ungeachtet der konjunkturellen Situation — ein Konsolidierungskurs verfolgt. Dazu trug wesentlich bei, daß die Abgabenquote insgesamt nahezu konstant gehalten wurde — der durch Wachstumsschwäche und Steuererleichterungen bedingte Rückgang der Steuerquote wurde durch den Anstieg der Sozialbeiträge weitgehend ausgeglichen — und der Ausgabenzuwachs bei den Sozialleistungen durch Einschnitte ins soziale Netz begrenzt wurde.

Japan
Einnahmen und Ausgaben des staatlichen Sektors 1970-1984
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
vH

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Einnahmen, insgesamt	21,1	22,1	22,0	22,9	24,8	24,5	24,1	25,3	25,2	27,2	28,4	30,1	30,8	.	.
darunter:															
Produktionssteuern und -abgaben	7,1	7,1	7,0	7,0	6,9	6,6	6,6	7,0	6,9	7,4	7,3	7,6	7,7	7,7	7,8
Laufende Einkommen- und Vermögensteuern	8,3	8,9	8,7	9,6	11,1	9,7	9,2	9,4	9,3	10,1	11,1	11,6	11,7	.	.
Sozialbeiträge	4,3	4,6	4,7	4,6	5,2	6,4	6,4	6,9	6,9	7,3	7,4	8,0	8,2	.	.
Ausgaben, insgesamt	19,3	20,8	21,8	22,1	24,5	27,3	27,9	29,0	31,1	31,6	32,2	34,3	34,3	34,3	.
darunter:															
Zinsen	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	1,2	1,5	1,9	2,2	2,7	3,2	3,6	3,9	.	.
Subventionen	1,1	1,1	1,2	1,1	1,6	1,5	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	.	.
Sozialleistungen	4,6	4,8	5,2	5,2	6,2	7,8	8,5	9,0	9,5	10,0	10,3	10,8	11,3	.	.
Letzter Verbrauch	7,4	8,0	8,2	8,3	9,1	10,1	9,9	9,9	9,8	9,8	10,0	10,2	10,1	10,2	10,0
Personalausgaben	5,9	6,3	6,6	6,7	7,5	8,4	8,3	8,3	8,1	8,1	8,1	8,1	8,0	.	.
Bruttoanlageinvestitionen	4,5	5,0	5,5	5,7	5,2	5,3	5,2	5,6	6,2	6,4	6,2	6,2	5,9	5,6	5,1
Vermögensübertragungen ¹	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,0	.	.
Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (-)	1,8	1,3	0,2	0,7	0,4	-2,8	-3,8	-3,8	-5,9	-4,4	-3,9	-4,2	-3,5	.	.

¹ Saldo von gezahlten und erhaltenen Vermögensübertragungen.

Quellen: OECD, National Accounts, Detailed Tables 1970 – 1982; The Bank of Japan, Economic Statistics Monthly, div. Ausgaben; Schätzungen des DIW.

Bundesrepublik Deutschland
Einnahmen und Ausgaben des staatlichen Sektors 1970-1984
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
vH

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Einnahmen, insgesamt	39,2	39,8	40,3	42,6	43,1	43,0	44,4	45,2	44,6	44,4	44,4	44,6	45,1	44,8	45,0
darunter:															
Produktionssteuern und -abgaben	13,2	12,9	13,1	12,8	12,3	12,3	12,2	12,3	12,5	12,7	12,2	11,9	11,7	11,9	12,0
Laufende Einkommen- und Vermögensteuern	10,8	11,3	11,1	12,6	13,0	12,1	12,9	13,8	13,0	12,6	12,7	12,2	12,1	12,0	12,2
Sozialbeiträge	12,6	13,1	13,7	14,6	15,2	16,2	16,8	16,7	16,5	16,4	16,7	17,4	17,8	17,4	17,4
Ausgaben, insgesamt	39,0	40,0	40,8	41,4	44,4	48,7	47,8	47,6	47,2	47,1	47,5	48,4	48,5	47,6	47,4
darunter:															
Zinsen	0,9	0,9	0,9	1,0	1,1	1,3	1,4	1,6	1,6	1,7	1,9	2,2	2,7	2,9	2,9
Subventionen	1,7	1,4	1,7	1,7	1,6	1,7	1,6	1,6	1,8	1,7	1,6	1,5	1,5	1,4	1,6
Sozialleistungen ¹	16,8	17,4	18,2	18,6	20,4	24,0	23,8	23,6	23,2	22,8	23,1	24,0	24,4	23,8	23,5
Letzter Verbrauch ²	12,0	12,7	12,7	13,0	13,9	14,4	13,7	13,6	13,6	13,6	13,9	14,1	13,9	13,7	13,5
Personalausgaben	8,8	9,4	9,7	10,1	10,9	11,4	11,0	11,0	10,9	10,8	11,0	11,2	11,1	11,0	.
Bruttoanlageinvestitionen	4,4	4,3	3,9	3,6	3,8	3,6	3,3	3,1	3,2	3,4	3,5	3,2	2,8	2,6	2,5
Vermögensübertragungen	1,9	2,1	2,1	2,0	2,2	2,2	2,5	2,5	2,2	2,2	2,3	2,0	2,0	2,0	2,0
Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (-)	0,2	-0,2	-0,5	1,2	-1,3	-5,7	-3,5	-2,4	-2,5	-2,7	-3,2	-3,9	-3,4	-2,8	-2,3

¹ Einschl. sozialer Sachleistungen (1970: 3,7 vH; 1984: 6,5 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). — ² Ohne soziale Sachleistungen.

Quellen: Eurostat, Konten und Statistiken des Staates, 1970 – 1981, Luxemburg 1983; Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, revidierte Ergebnisse 1960 – 1981, Konten und Standardtabellen 1983; Schätzungen des DIW.

Wachstumswirkungen

In welchem Umfang die Budgetgestaltung in den einzelnen Ländern über die unmittelbaren Nachfragewirkungen hinaus auch längerfristig Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung gegeben hat, ist schwer zu beurteilen. Dazu bedürfte es zumindest einer sehr starken Differenzierung der staatlichen Ausgabenkategorien nach Art und Zweckbestimmung. Doch selbst die hier vorgelegten, zusammengefaßten finanzpolitischen Indikatoren lassen erkennen, daß die Finanzpolitik den Zukunftsaufgaben oft nicht genügend Rechnung trägt. So wurden in fast allen Ländern die öffentlichen Investitionsausgaben in den achtziger Jahren nominal nur noch unterdurchschnittlich ausgeweitet; bewertet zu konstanten Preisen gingen sie sogar teilweise zurück. Ausnahmen bildeten nur Italien und — seit 1983 — Großbritannien. Die Bedeutung der staatlichen Infrastruktur als Komplement zur gewerblichen Produktion wird offensichtlich vielfach vernachlässigt. Auch wurde die private Investitionstätigkeit nicht durch eine kräftige Steigerung von Investitionszuschüssen im Rahmen der Vermögensübertragungen zu stimulieren versucht. Dagegen wurde der Anteil der Subventionsausgaben in Relation zum Sozialprodukt meist noch ausgedehnt. Da diese Leistungen in nicht unerheblichem Maße aus Erhaltungssubventionen bestehen, werden die strukturellen Anpassungsprobleme hier nur auf spätere Jahre verlagert. Dabei enthalten die Subventionsausgaben der EG-Länder noch nicht einmal den größten Teil der Agrarsubventionen, da diese von der EG-Ebene gezahlt und aus eigenen Einnahmen des EG-Haushalts finanziert werden.

Fazit

Insgesamt zeigt die Analyse der staatlichen Nachfrage im Ländervergleich, daß durchaus ein positiver Zusammenhang zwischen der Gestaltung der öffentlichen Verbrauchs- und Investitionsausgaben und der wirtschaftlichen Entwicklung besteht. Es läßt sich somit keinesfalls die Vermutung erhärten, daß die Ausweitung der staatlichen Inanspruchnahme des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials das Wachstum behinderte. Die Angaben zeigen vielmehr, daß in Zeiten sich abschwächender privater Inlands- und Auslandsnachfrage eine überdurchschnittliche Zunahme staatlicher Nachfrage tendenziell stabilisierend gewirkt hat bzw. eine Abschwächung des Ausgabenanstiegs nur dann nicht prozyklisch war, wenn sie durch Einnahmenverzicht unter Hinnahme wachsender Finanzierungsdefizite mehr als ausgeglichen wurde. Auch gibt es kaum einen Hinweis dafür, daß sich in den achtziger Jahren die Inflation mit der Ausweitung staatlicher, defizit-finanzierter Ausgaben merklich beschleunigt hätte. Von Dänemark einmal abgesehen, wo mehr Preisstabilität erst im Zuge der Haushaltskonsol-

idierung erreicht wurde, sind die Preissteigerungsraten in allen Ländern merklich zurückgeführt worden, auch wenn sie sich nach wie vor erheblich unterscheiden.

Konsolidierungsbemühungen werden dann erschwert, wenn infolge von Wachstumsschwäche die Beschäftigungslage schlechter wird, Steuern ausfallen und verstärkt Sozialleistungen bereitgestellt werden müssen. Um den Anstieg hier zu bremsen, haben mehrere Länder die Anspruchsgrundlagen verengt. Wenn gleichzeitig der Anteil der Bevölkerung, der in Armut lebt, trotz verbesserter wirtschaftlicher Entwicklung zunimmt und bestimmte Bevölkerungsgruppen, beispielsweise Jugendliche oder Farbige, davon besonders hart betroffen sind⁷, muß freilich besonders nach der sozialen Ausgewogenheit solcher finanzpolitischen Maßnahmen gefragt werden.

In unterschiedlichem Maß spiegelt die Zunahme sozialer Leistungen allerdings auch die demographische Entwicklung wider. Infolge höherer Lebenserwartung und geringeren Bevölkerungswachstums steigen bei gleichen Leistungsbedingungen die Anforderungen an die Einkommensumverteilung zwischen den Generationen. Nicht zuletzt deshalb hat auch in Japan der Anteil der Sozialleistungen unabhängig von der nach wie vor günstigen Beschäftigungslage schnell zugenommen. Finanzpolitisch sind hier auf mittlere Frist in den meisten Ländern noch große Probleme zu erwarten, zumal eine wesentliche Besserung der Beschäftigungslage und eine entsprechende Zunahme der Zahl von Beitragszahlern für die Alterssicherung nicht abzusehen sind.

Bedenklich an dem in vielen Ländern verfolgten Konsolidierungskurs erscheint auch, daß nicht zuletzt die staatlichen Investitionen als Manövriermasse für Ausgabenkürzungen angesehen werden. Dabei besteht in allen Ländern ein — z.T. erheblicher — Bedarf an Verbesserung und Erweiterung der Infrastruktur, beispielsweise an Ersatzinvestitionen im Verkehrsbereich, an Investitionen für Stadterneuerung bzw. -sanierung oder an Umweltschutzmaßnahmen. Nicht in allen hier betrachteten Ländern besteht dafür gleichermaßen ein finanzpolitischer Spielraum. Bei Defiziten der öffentlichen Haushalte wie in Italien oder vor wenigen Jahren noch in Dänemark und bei bereits sehr hohen Ausgabenquoten stimmt die Ausweitung staatlicher Aktivitäten bedenklich. Der Blick auf die finanzpolitische Konstellation in anderen Ländern mit vergleichsweise günstiger wirtschaftlicher Entwicklung zeigt indessen, daß die budgetpolitischen Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung hierzulande unterschätzt werden.

⁷ Z.B. kam eine Untersuchung des amerikanischen Kongresses zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Armen in den USA im letzten Jahrzehnt ständig gestiegen sei und 1983 gut ein Fünftel der amerikanischen Jugendlichen, aber knapp die Hälfte der schwarzen Jugendlichen unterhalb der Armutsschwelle lebten. Vgl. Der Tagesspiegel vom 25.5.1985, S. 20.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 64 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung.** Von Bernd Bartholmai, Herwig Birg, Wolfgang Erfeld, Nikolai Lutzky, Horst Mentrup, Friedhelm Plogmann, Hans-Joachim Schalk. Koordination: Wolfgang Kirner und Rainer Thoss. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 65 **Wertschöpfungsorientierte Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz (Berlin FG). Erfolgskontrolle und Vorschläge zur Weiterentwicklung.** Von Peter Ring. 276 S. 1981. DM 64,—.
- Heft 66 **Handel mit Entwicklungsländern und Beschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft.** Eine vergleichende Analyse für sechs EG-Länder anhand aktueller Import- und Exportströme im Handel mit Industrieprodukten. Von Dieter Schumacher. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 67 **Tarifpolitik und europäische Integration.** Von Bernhard Seidel. 176 S. 1981. DM 110,—.
- Heft 68 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975.** Von Henryk Bolik, Dieter Hölsken, Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld, Norman Treinies, Dieter Wilken. Koordination: Heinz Enderlein und Hartmut Kuhfeld. 226 S. 1981. DM 112,—.
- Heft 69 **Staatliche Einflußnahme auf die Baunachfrage** — Eine Analyse für die Jahre 1965 bis 1980. Von Dieter Vesper. 262 S. 1981. DM 89,60.
- Heft 70 **Analyse und Projektion der Personenverkehrsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Rainer Hopf, Heilwig Rieke und Ulrich Voigt. 167 S. 1982. DM 98,—.
- Heft 71 **Das Sachvermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Görzig. 101 S. 1982. DM 38,—.
- Heft 72 **Zur Umstellung des internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel.** Von Hans Martin Duseberg. 67 S. 1982. DM 36,—.
- Heft 73 **Zeitlicher Zusammenhang zwischen Hochbaugenehmigung und Auftragseingängen im Konjunkturverlauf.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener. 170 S. 1983. DM 98,—.
- Heft 74 **Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in beiden deutschen Staaten — ein Vergleich.** Von Manfred Melzer unter Mitarbeit von Wolfgang Steinbeck. 220 S. 1983. DM 142,—.
- Heft 75 **Budgetpolitik Österreichs im internationalen Vergleich.** Von Manfred Teschner und Dieter Vesper. 115 S. 1983. DM 76,—.
- Heft 76 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West).** Eine Repräsentativerhebung für die Jahre 1977 bis 1981. Von Kurt Hornschild. VII, 161 S. 1983. DM 56,—.
- Heft 77 **Die Entwicklung des Personenverkehrs in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Hartmut Kuhfeld und Joachim Niklas unter Mitarbeit von Jutta Kloas. 156 S. 1983. DM 76,—.
- Heft 78 **Der internationale Handel mit Dienstleistungen aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland — Entwicklung, Handel, Politik** —. Von Hans J. Petersen, Fritz Franzmeyer, Peter Hrubesch, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 330 S. 1984. DM 88,—.
- Heft 79 **Erhöhter Handlungsbedarf im Strukturwandel.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1983. 230 S. 1984. DM 68,—.
- Heft 80 **Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt, Anforderungen des Strukturwandels an das Beschäftigungssystem.** Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Ulrich Brasche, Christoph F. Büchtemann, Wolfgang Jeschek und Werner Müller. 255 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 81 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen von Veränderungen der Struktur des öffentlichen Sektors** — Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Bernd Bartholmai, Oskar de la Chevallerie, Volker Meinhardt, Frank Stille, Dieter Teichmann und Dieter Vesper. 266 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 82 **Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen** — eine Branchenstudie — Von Arthur Boneß, Gerhard Neckermann, Rainer Pischner und Reiner Stäglin. 400 S. 1984. DM 98,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Vorübergehend verlangsamtes Wachstum des Exports. Zur Außenhandelsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland im ersten Quartal 1985.

Bearbeitet von Herbert Lahmann.—

Die öffentlichen Haushalte im internationalen Vergleich. Bearbeitet von Bernhard Seidel.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.

— Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 27. 6. 1985 —